

# Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Verfasser: Dipl.-Volkswirt Gerhard Bessau

Abschlußtermin dieses Berichts: 12. November 1971 — Nachdruck auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet.

Erscheinen in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH., 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstr. 307; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 14,— DM (einschl. Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabonnement 7,— (einschl. Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co., 235 Neumünster

**Nr. 4/1971 Dezember**

## 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Der Übergang zur rezessiven Phase im gegenwärtigen konjunkturellen Zyklus in der BRD wird von zunehmenden wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und abhängig Beschäftigten begleitet.

Im Mittelpunkt steht dabei der Metallbereich. Es entspricht dort den sozialpolitischen Notwendigkeiten, wenn das starre Unternehmerverhalten in den Tarifverhandlungen mit einer überaus großen Streikbereitschaft der Belegschaft beantwortet wird; denn die Ablehnung selbst eines 7,5prozentigen Schlichtungsvorschlages durch die Unternehmer — bei einer ursprünglichen IG Metall-Forderung von 11 Prozent Tarifloohnerhöhung — läßt erkennen, daß sie die Sicherung ihrer Erträge auf Kosten der Realeinkommen der Abhängigen durch einen Angriff auf die gewerkschaftliche Tarifautonomie erzwingen wollen. Sie beabsichtigen offensichtlich, die Bundesregierung zum Eingreifen zu veranlassen, um den gewerkschaftlichen Aktionsradius entscheidend einzusengen.

Stand bislang für die staatliche Wirtschaftspolitik die Alternative Arbeitslosigkeit oder Inflation im Vordergrund, so existiert sie nicht mehr. Die BRD steuert auf Arbeitslosigkeit bei Inflation zu, eine Folge der ökonomisch übermäßigen Kapazitätsausweitungen in der Industrie 1969/1970, des weiteren der hektischen Forcierung des Exports, der politischen Verflechtung mit dem von den USA beherrschten Wirtschaftsraum, die zur Dollarüberflutung mit anschlie-

ßendem Geldüberhang in der Bundesrepublik führte und schließlich der Expansion der Militärausgaben mit gleichen preistreibenden Effekten.

Das Herunterdrücken der Netto-lohn- und -gehaltsquote schwächte die Kaufkraft der Masse der Bevölkerung, so daß Kapazitätseinschränkungen unausweichlich bleiben, ohne daß der politisch bedingten Inflation ein Ende gesetzt würde.

Einer Krise mit Hunderttausenden von Arbeitslosen, eine Folge kapitalistischer Produktionsverhältnisse, kann nur durch eine aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften begegnet werden. Sie können sich — wie die Urabstimmung der Metallarbeiter in Nordwürttemberg-Nordbaden Anfang November 1971 zeigte — unbedingt auf die Solidarität der Beschäftigten verlassen, sobald es um die Abwehr eines Angriffs auf ihre Arbeitsplätze und Realeinkommen geht.

Für die Gewerkschaft OTV sollte diese Tatsache bei den anstehenden Tarifverhandlungen mit der öffentlichen Hand ebenfalls ausschlaggebende Richtschnur sein.

Die Ablenkungsmanöver der Bundesregierung in Form von sog. vermögenspolitischen Initiativen zugunsten des Großteils der abhängig Arbeitenden sollen darüber hinwegtäuschen, daß dieser einmal mehr ökonomisch schutzlos einer heraufziehenden Krise ausgeliefert ist, nachdem im vorangegangenen Boom vorwiegend die monopolistische Kapitalbasis eine Verstärkung erfuhr.

### INHALT:

#### 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Industrieproduktion
- 1.3 Außenwirtschaft
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Beschäftigung
- 1.6 Umsatz je Beschäftigten

#### 2 Unternehmergewinne

- 2.1 Bruttogewinne
- 2.2 Nettogewinne

#### 3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Bruttolöhne und -gehälter
- 3.2 Steuern und Abgaben
- 3.3 Nettolöhne und -gehälter
- 3.4 Preise
- 3.5 Realeinkommensentwicklung
- 3.6 Arbeitszeit
- 3.7 Mütterarbeit

#### 4 Einkommens- und Vermögensverteilung

- 4.1 Einkommensverteilung
- 4.2 Vermögensverteilung
- 4.3 Staatliche Umverteilung

#### 5 Zusammenfassung

Statistische Begriffe und Abkürzungen

## 1.1 Sozialprodukt

Wie die USA und Großbritannien, so ist jetzt auch die Bundesrepublik von der doppelt wirkenden Krise eines konjunkturellen Rückschlags bei verschärfter Inflation erfaßt worden, auch in der BRD bleiben die sogenannten Stabilisierungsmaßnahmen der Regierung erfolglos. Weder ist der Preisauftrieb gestoppt, noch sind die Arbeitsplätze gesichert worden; denn die „Stabilisierung“ wurde ausschließlich auf eine rasche Drosselung des privaten Verbrauchs abgestellt.

Besonders für die Industriebeschäftigten wirkt sich die Krisenlage von Monat zu Monat bedrohlicher aus. Die Zahl der Entlassungen steigt, der Umfang der Kurzarbeit nimmt zu, ohne daß dem Anstieg der Preise für die Lebenshaltung ein Ende gesetzt wird.

Diese Entwicklung zeichnete sich bereits im 1. Hj. 1971 ab, nachdem ihre ersten Anzeichen schon im 2. Hj. 1970 zu beobachten waren. (Vgl. INFO 3/1970 und 3/1971)

Einen globalen Anhaltspunkt für die Tendenz einer „Stagnation bei Inflation“ bietet die halbjährliche Veränderung des BSP. Von 1967 bis 1971 ergab sich in Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum:

|              | In jeweiligen Preisen |                     | In Preisen von 1962 |                     |
|--------------|-----------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
|              | BSP                   | NSP zu Marktpreisen | BSP                 | NSP zu Marktpreisen |
| 1967, 1. Hj. | + 0,1                 | — 0,7               | — 2,0               | — 3,0               |
| 2. Hj.       | + 1,8                 | + 1,4               | + 1,5               | + 0,9               |
| 1968, 1. Hj. | + 6,6                 | + 6,7               | + 6,0               | + 5,9               |
| 2. Hj.       | + 11,2                | + 11,6              | + 8,5               | + 8,8               |
| 1969, 1. Hj. | + 11,1                | + 11,3              | + 8,2               | + 8,4               |
| 2. Hj.       | + 12,3                | + 12,3              | + 7,8               | + 7,9               |
| 1970, 1. Hj. | + 13,9                | + 13,6              | + 6,6               | + 6,6               |
| 2. Hj.       | + 12,3                | + 11,8              | + 4,2               | + 3,9               |
| 1971, 1. Hj. | + 11,5                | + 11,1              | + 4,1               | + 3,8               |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1971, S. 527)

Die Differenz zwischen nominaler und realer Entwicklung gibt das Inflationsausmaß wider. Es hielt sich im 1. Hj. 1971 auf unvermindert hohem Stand, obwohl das Produktionsvolumen im Vergleich zum 1. Hj. 1970 nominal um 2,4 Prozent, real um 2,5 Prozent zurückging.

Die Aussichten für das 2. Hj. 1971, insbesondere für 1972 sind pessimistisch zu beurteilen. Dies kann den eher noch zurückhaltenden Prognosen der „Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute“ entnommen werden, die in ihren Vorausschätzungen vom 22. 10. 71 annahmen, daß

- das BIP im 2. Hj. 1971 real um 2 Prozent, 1972 um 1 Prozent (1971 3 Prozent) wächst,
- das Preisniveau des BSP im 2. Hj. 1971 um 7,5 Prozent, 1972 um 5 Prozent (1971 7 Prozent) steigt (jeweils zum vergleichbaren Vorjahreszeitraum).

Was die wichtigsten Komponenten des Sozialprodukts betrifft, so werden für 1971 und 1972 folgende Veränderungen erwartet:

### Steigerung gegenüber dem Vorjahr in %

|                     | Verwendung des nominalen BSP |      | Preise |      |
|---------------------|------------------------------|------|--------|------|
|                     | 1971                         | 1972 | 1971   | 1972 |
| Privater Verbrauch  | 11,0                         | 6,5  | 5,0    | 4,5  |
| Staatsverbrauch     | 16,5                         | 11,0 | 9,0    | 6,0  |
| Anlageinvestitionen | 11,5                         | 1,0  | 6,5    | 4,0  |

(Quelle: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1971)

Der Rückgang auf der Verwendungsseite wird demnach in allen Bereichen beträchtlich sein, dagegen auf der Preisseite nur beim Staatsverbrauch und bei den Anlageinvestitionen. Der private Verbrauch dürfte dagegen noch teurer werden; denn für einen um 4,5 Prozent geringeren Güterumfang soll

höchstens ein um 0,5 Prozent abnehmender Preisspiegel — wenn überhaupt — durchsetzbar sein.

Die Entstehung des BIP (Werte, die im Inland verbleiben plus Übertragungen aus dem Ausland) verteilte sich sektoral wie folgt; wobei es insgesamt im 1. Hj. 1971 um 11,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zunahm:

Beiträge zum BIP zu jeweiligen Preisen (Anteile in Prozent)

|              | Land- u. Forstwirtschaft | Warenprod. Gewerbe | Handel u. Verkehr | Dienstleist. | Staat, private Haushalte u. a. |
|--------------|--------------------------|--------------------|-------------------|--------------|--------------------------------|
| 1966         | 4,2                      | 53,3               | 19,2              | 13,1         | 10,1                           |
| 1967         | 4,2                      | 51,8               | 19,3              | 14,0         | 10,6                           |
| 1968         | 3,8                      | 52,9               | 19,0              | 14,0         | 10,4                           |
| 1969         | 3,7                      | 53,5               | 18,4              | 14,0         | 10,5                           |
| 1970         | 3,1                      | 54,2               | 17,9              | 14,0         | 10,7                           |
| 1970, 1. Hj. | 3,4                      | 54,5               | 17,9              | 14,3         | 10,9                           |
| 1971, 1. Hj. | 2,8                      | 55,0               | 17,4              | 14,4         | 11,5                           |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 60; 9/1971, S. 529)

## 1.2 Industrieproduktion

Auch im 2. Vj. 1971 hielt die konjunkturelle Abschwächung an. Im Vergleich zum 1. Vj. verringerte sich der prozentuale Zuwachs der Industrieproduktion erneut, wie der Übersicht zu entnehmen ist:

### Index der industriellen Nettoproduktion

(1962 = 100)

|                           | 1967  | 1968  | 1969  | 1970  | 1971  | Veränderg. 2. Vj. gegenüb. Vor. in % |
|---------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|--------------------------------------|
| Industrie insges.         | 117,4 | 131,2 | 148,2 | 157,2 | 167,8 | + 1,6                                |
| Kohlenbergbau             | 83,5  | 85,2  | 86,5  | 85,9  | 87,5  | + 1,4                                |
| Eisenschaffende Industrie | 112,4 | 128,8 | 145,2 | 144,7 | 138,1 | — 9,4                                |
| Chem. Industrie           | 161,6 | 189,0 | 217,5 | 230,4 | 255,0 | + 5,9                                |
| Maschinenbau              | 101,8 | 107,9 | 126,0 | 135,6 | 144,3 | — 1,0                                |
| Straßenfahrzeugb.         | 108,4 | 135,4 | 164,5 | 181,8 | 207,3 | + 2,5                                |
| Elektrotechn. Ind.        | 120,2 | 141,1 | 167,3 | 189,3 | 199,7 | + 0,5                                |
| Textilindustrie           | 101,9 | 118,2 | 129,9 | 130,4 | 147,9 | + 6,5                                |
| Ernährungsind.            | 121,6 | 127,2 | 133,7 | 138,0 | 144,0 | + 3,9                                |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 6/1970, S. 342\* I.; 6/1971, S. 320\* I.; 9/1971, S. 501\* I.)

Kontinuierlich geschwächt zeigte sich die Eisenschaffende Industrie (1. Vj. — 10,5, 2. Vj. — 9,4 Prozent jeweils gegenüber dem Vorjahrsvj.), einen Rückgang mit — 1,0 Prozent erlitt im 2. Vj. gegenüber dem 2. Vj. 1970 die Maschinenbauindustrie, während die anderen Branchen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zwar höhere Produktionsergebnisse erzielten, aber — bis auf die Textilindustrie — seit dem 1. Vj. 1971 nur mäßig bis kaum anzogen. Dies gilt insbesondere für die Chemieindustrie (2. Vj. 1971 + 5,9 Prozent, 1. Vj. + 4,0 Prozent), den Straßenfahrzeugbau (+ 2,5 Prozent bzw. + 8,3 Prozent) und die Elektrotechnische Industrie (+ 0,5 Prozent bzw. + 2,1 Prozent). Nur geringfügig stieg das vergleichbare Produktionsergebnis der Ernährungsindustrie an (+ 3,9 Prozent bzw. + 3,2 Prozent).

Ein Blick auf die Produktionsveränderungen der gesamten Industrie vom 1. Vj. 1970 bis zum 2. Vj. 1971 weist zudem darauf hin, daß die Frühjahrsbelebung im 1. Quartal d. J. auf Sondereinflüssen beruhte. Die Abwärtsbewegung setzte sich im 2. Quartal wieder fort, wenn auch auf einem etwas höheren Niveau als im 4. Vj. 1970, jedoch weit unter der Zuwachsrate des 3. Vorjahresquartals.

### Zunahme der Nettoproduktion gegenüber dem Vorjahr in %

| 1970   |        |        |        | 1971   |        |
|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| 1. Vj. | 2. Vj. | 3. Vj. | 4. Vj. | 1. Vj. | 2. Vj. |
| 9,8    | 6,6    | 4,8    | 1,9    | 3,9    | 2,5    |

(Quelle: BMWI Vierteljahresbericht IV/1970, S. 6; Wirtschaft u. Statistik, 9/1971, S. 501\*)

Daß die Anzeichen weiterhin in Richtung Abschwung weisen, deckt ein Vergleich der Nettoproduktionsindexveränderung in den Monaten Juni bis August 1970 und 1971 auf. Während noch im Vorjahr ein relativ befriedigender Anstieg der Nettoproduktion gegenüber Juni/August 1969 (+ 3,9, + 7,8, + 4,3 Prozent) registriert wurde, erfolgte von Juni bis August 1971 gegenüber 1970 ein stetiger Abfall (+ 3,3, + 2,3, - 1,7 Prozent).

|        | Nettoproduktionsindex<br>(1962 = 100) |       | Veränderg. gegenüb.<br>dem Vorjahr in % |       |
|--------|---------------------------------------|-------|-----------------------------------------|-------|
|        | 1970                                  | 1971  | 1970                                    | 1971  |
| Juni   | 161,5                                 | 166,8 | + 3,9                                   | + 3,3 |
| Juli   | 147,1                                 | 150,5 | + 7,8                                   | + 2,3 |
| August | 142,1                                 | 139,7 | + 4,3                                   | - 1,7 |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 6/1970, S. 342; 8/1971, S. 438\*; 10/1971, S. 561\*)

Aufgeschlüsselt nach den drei wichtigsten Zweigen der verarbeitenden Industrie, durchlief der Produktionsrückgang folgende Indexwerte (1962 = 100):

|        | Investitionsgüter- |       | Verbrauchsgüter- |       | Bauindustrie |       |
|--------|--------------------|-------|------------------|-------|--------------|-------|
|        | 1970               | 1971  | 1970             | 1971  | 1970         | 1971  |
| Juni   | 169,2              | 170,9 | 143,5            | 154,6 | 168,5        | 163,9 |
| Juli   | 143,6              | 146,8 | 129,6            | 135,3 | 157,3        | 151,7 |
| August | 130,8              | 121,7 | 128,2            | 131,8 | 157,8        | 144,5 |

%-Veränderung gegenüber dem Vorjahr

|        |        |       |       |       |        |       |
|--------|--------|-------|-------|-------|--------|-------|
| Juni   | + 6,6  | + 1,0 | - 0,7 | + 7,7 | + 6,6  | - 2,7 |
| Juli   | + 11,8 | + 2,2 | + 4,9 | + 4,4 | + 10,6 | - 3,6 |
| August | + 6,3  | - 7,0 | - 0,4 | + 2,8 | + 9,4  | - 8,4 |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 8/1971, S. 438\*; 10/1971, S. 561\*)

Was über die Jahresmitte 1971 hinaus einen heftigeren Kriseneinbruch verhinderte, war das relative Wachstum der Verbrauchsgüterindustrie, wiewenig es im Juli und August immer geringer wurde. Offensichtlich wirkten sich die Lohn- und Gehaltssteigerungen des Vorjahres bis zum Sommer 1971 belebend aus, ein Beweis für die in der heutigen Situation einzige Möglichkeit, durch eine aktive Lohnpolitik die Nachfrage auf den Gütermärkten aufrechtzuerhalten.

Die bereits im Frühjahr d. J. vorgenommenen Tarifabschlüsse einiger Gewerkschaften (IG Bau; Chemie, Papier, Keramik; Bergbau) mußten vornehmlich für die Investitionsgüterindustrie negative Signalwirkungen auslösen, ging doch im August mit - 7 Prozent gegenüber August 1970 die Produktion ebenso abrupt zurück wie im Jahresdurchschnitt 1967, als sie erstmals einen solchen Tiefstand erreichte.

Der rasche Produktionsabfall der Bauindustrie während der Sommermonate ist wohl unmittelbarer Niederschlag der „Stabilisierungsmaßnahmen“ der öffentlichen Hand. Der Rückgang im August 1971 gegenüber dem Vorjahresmonat mit - 8,4 Prozent übertraf damit den bislang tiefsten Stand von - 7,0 Prozent im Jahresmittel 1967. Man kann somit sagen, daß die staatliche Wirtschaftspolitik objektiv eine Rezession fördert.

Ebenfalls rückläufig sind — im Vorjahresvergleich — die Umsatzgrößen. Dies gilt einmal hinsichtlich des Gesamtumsatzes der Monate Mai bis August, zum anderen in bezug auf den Auslandsumsatz im gleichen Zeitraum.

Veränderung in % gegenüber dem

|        | Vormonat |                | Vorjahr |                |
|--------|----------|----------------|---------|----------------|
|        | Gesamt-  | Auslandsumsatz | Gesamt- | Auslandsumsatz |
| Mai    | - 3,0    | - 1,6          | + 11,3  | + 14,8         |
| Juni   | + 5,9    | + 6,3          | + 6,1   | + 8,2          |
| Juli   | - 2,3    | - 1,5          | + 3,9   | + 10,0         |
| August | - 8,4    | - 16,3         | + 7,2   | + 8,6          |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 10/1971, S. 558\*)

Am eindeutigsten vermittelt jedoch die Indexbewegung der Auftragseingänge, daß sich die Bundesrepublik im Übergang von der Stagnation zur Rezession befindet.

Index der industriellen Auftragseingänge (ohne Bergbau, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, öffentliche Energiewirtschaft) 1962 = 100

|          | Auftragseingangsindex |      | Veränderg. geg. Vormonat in % |      | Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in % |      |
|----------|-----------------------|------|-------------------------------|------|------------------------------------|------|
|          | 1970                  | 1971 | 1970                          | 1971 | 1970                               | 1971 |
| Juni     | 191                   | 198  | + 7,9                         | 9,7  | 3,5                                |      |
| Juli     | 187                   | 190  | - 4,0                         | 1,0  | 1,7                                |      |
| August   | 167                   | 172  | - 9,5                         | 0,8  | 3,3                                |      |
| Septemb. | 196                   | 198  | + 15,1                        | 1,4  | 0,9                                |      |

(Quelle: BMWF Tagesnachrichten 5. 11. 71; INFO 3/1971, S. 3)

Bei der Beurteilung der Bestelleingänge muß der Preisauftrieb in Ansatz gebracht werden. Die Zuwachsraten von Juni bis September im Vorjahresvergleich waren sicherlich schon zu niedrig, um als positive Realwerte gelten zu können. Der Septemberanstieg mit 15,2 Prozent gegenüber August d. J. ist auf saisonale Einflüsse zurückzuführen (Beginn des Herbst- und Wintergeschäfts); relativ kräftiger als die Inlands- zog dabei die Auslandsnachfrage an.

Aufgrund der schwachen Auftragslage hat sich die durch Bestellungen gesicherte Produktionsdauer von 3,1 Monaten etwa bei Jahresmitte auf 2,9 Monate im September verringert; 1970: 3,8 zu 3,7 Monaten. (ifo Schnelldienst 43/44, 27. 10. 71, S. 9.)

### 1.3 Außenwirtschaft

Die Wechselkursfreigabe der D-Mark am 9. Mai 1971, formell als „Stabilisierungsmaßnahme“ angeordnet, in Wirklichkeit aber eine verschleierte Dollarstützungsaktion, hatte auch in dieser faktischen Zielsetzung keinen Erfolg.

Der Zusammenbruch der Dollarparität gegenüber dem Gold konnte nicht vermieden werden. Daher griff die USA-Regierung am 15. August 1971 zu zwei drastischen Mitteln, um die politische Funktion des Dollars zu behaupten: es wurde die Einlösung von ausländischen Dollarguthaben in Gold offiziell eingestellt und auf die Wareneinfuhr ein durchschnittlich 10prozentiger Aufschlag erhoben. Mit weiteren Importbeschränkungen ist zu rechnen.

Dieses Vorgehen läuft darauf hinaus, die einzig mögliche Bereinigung der seit Jahren andauernden Dollarkrise zu umgehen: die Abwertung der US-Währung gemäß ihrer tatsächlichen Kaufkraft.

Die zur Stützung des Dollars erbrachte Vorleistung der BRD in Form der DM-Wechselkursfreigabe soll auf Verlangen der USA in eine 10–15prozentige Aufwertung einmünden. Es soll ein Tendenzwandel des BRD-Außenhandels erreicht werden, wozu schon der amerikanische Importaufschlag diene.

Um die Aufwertung zu erzwingen, floß von Januar bis August 1971 unvermindert Spekulationsgeld in die Bundesrepublik, nachdem die Kapitaleinfuhr schon im vorigen Jahr mit 9,5 Mrd. DM eine noch nie dagewesene Höhe erreichte. Andererseits ebte der positive Handelsbilanzsaldo im gleichen Zeitraum gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Mrd. DM ab; eine Aufwertung würde das Exportgeschäft noch schneller zurückgehen lassen als die DM-Wechselkursfreigabe und der Importaufschlag der USA.

### Handels- und Kapitalbilanzsaldo (in Mrd. DM)

|                 | Handelsbilanz | Kapitalbilanz |
|-----------------|---------------|---------------|
| 1967            | + 16,9        | - 10,0        |
| 1968            | + 18,4        | - 7,3         |
| 1969            | + 15,6        | - 18,9        |
| 1970            | + 15,7        | + 9,9         |
| 1970, Jan.-Aug. | + 9,2         | + 2,8         |
| 1971, Jan.-Aug. | + 9,6         | + 2,9         |

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/1971, S. 68\*)

1970 umfaßten die Exporte einen Wert von ca. 125,3 Mrd. DM, die Importe einen von ca. 109,6 Mrd. DM (Saldo 15,7 Mrd. DM). Von Januar bis August 1971 belief sich der Export auf 89,0, der Import auf 79,4 Mrd. DM, so daß der positive Handelsbilanzsaldo 9,6 Mrd. DM betrug, was gegenüber dem Vorjahreszeitraum einer Erhöhung um 4,2 Prozent entspricht.

Nachdem von Januar bis Mai 1971 die Spekulation auf eine DM-Aufwertung einen heftigen Kapitaleinfuhrsog auslöste und dadurch die Kapitalbilanz einen Überschuß von 5,6 Mrd. DM erzielte, erfolgte im Juni — verursacht durch die Wechselkursfreigabe — ein Abfluß von Spekulationsgeld in Höhe von rd. 5,7 Mrd. DM.

Gemessen an den Währungsreserven der Bundesbank ist dieser Betrag praktisch bedeutungslos. Deren Wachstum und ihre Zusammensetzung sind ein indirekter Beweis dafür, daß die DM-Wechselkursfreigabe die Spekulation zufriedenstellte und handelspolitisch den USA entgegenkam. Einen Beitrag zur Preisdämpfung leistete sie nicht.

Die etwa seit dem Späthjahr 1970 bis Anfang Mai 1971 in die BRD importierten Devisen umfaßten zu zwei Dritteln US-Dollars, die immer noch als Währungsreserven der Bundesbank fungieren, obwohl ihr Wert gerade in den letzten Monaten massiv gesunken und ihr Reexport — selbst zum derzeitigen Kurs — unwahrscheinlich geworden ist.

#### Währungsreserven der Deutschen Bundesbank (in Mrd. DM)

|           | Gesamtbestand an Gold<br>u. Auslandsforderungen | Goldbestand | davon:<br>US-Dollar |
|-----------|-------------------------------------------------|-------------|---------------------|
| 1969      | 26,4                                            | 14,9        | 2,3                 |
| 1970      | 49,0                                            | 14,6        | 28,6                |
| Juni      | 33,1                                            | 14,9        | 12,7                |
| Sept.     | 41,4                                            | 14,9        | 20,6                |
| Dez.      | 49,0                                            | 14,6        | 28,6                |
| 1971 März | 57,5                                            | 14,6        | 35,6                |
| Mai       | 68,6                                            | 14,8        | 47,1                |
| Sept.     | 62,8                                            | 14,9        | 39,9                |

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/1971, S. 72\*)

Das Währungsgebarren der Bundesregierung ist längst nicht mehr ökonomisch, sondern allein politisch motiviert. Unter Ausnutzung der binnenländischen konjunkturellen Expansion einschließlich des Exports wurde eine mittelbare Finanzierung der USA-Außenpolitik vorgenommen. Die immense Auslandsverschuldung der USA aufgrund kurzfristig fälliger Verbindlichkeiten war Mitte August 1971 auf 57,5 Mrd. US-Dollars angestiegen, darunter 40 Mrd., die gegenüber ausländischen Zentralbanken bestehen und an sich in Gold hätten umgetauscht werden müssen. Die Bundesrepublik hält davon über 25 Prozent „in Reserve“.

Die Verschuldung der USA geht überwiegend auf den Vietnam-Krieg zurück, der bisher 500 Mrd. Dollars kostete. Insofern wirkt er durch die enge politische Verflechtung der BRD mit den USA objektiv krisenfördernd. Die Produktivitätssteigerungen während des letzten Booms hatten zum Teil keine andere Funktion, als über den Export zur Dollarhortung beizutragen und damit die USA monetär zu entlasten.

Die Folge ist eine Verschärfung des Geldentwertungstempos. Eine Kompensation dieser politischen Leistungen durch die USA ist nicht zu erwarten; denn die 10prozentige Importbelastung seitens der USA-Regierung trifft, neben den japanischen, die Exporte der Bundesrepublik, zumal der Anteil der Ausfuhren nach den USA von Januar bis August 1971 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um annähernd 15 Prozent gestiegen ist.

Die DM-Wechselkursfreigabe und seit August des Jahres die amerikanische Importerschwerung werden das Auslandsgeschäft zurückgehen lassen.

Bereits im 1. Hj. 1971 nahm der Auslandsumsatz der Industrie prozentual weniger zu als im 1. Vj. (10,4 Prozent zu 12,2 Prozent; vgl. INFO 3/1971, S. 4).

Industrieumsatz (Betriebe mit mindestens 10 Beschäftigten ohne Bauindustrie, Gas-, Wasserwerke für die öffentliche Versorgung; ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer):

|                | 1. Hj. 1970<br>Mrd. DM | in %  | 1. Hj. 1971<br>Mrd. DM | in %  | Zunahme<br>gegüb. Vorjahr<br>in % |
|----------------|------------------------|-------|------------------------|-------|-----------------------------------|
| Gesamtumsatz   | 251,3                  | 100,0 | 274,2                  | 100,0 | 9,1                               |
| Inlandsumsatz  | 202,0                  | 80,4  | 219,8                  | 80,2  | 8,8                               |
| Auslandsumsatz | 49,3                   | 19,6  | 54,4                   | 19,8  | 10,3                              |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1971, S. 498\*; INFO 3/1970, S. 2)

Das Gutachten der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute macht darauf aufmerksam, daß sich die Auslandsnachfrage in den kommenden Monaten abschwächen wird (September — 3,1 Prozent); so daß im Falle einer schweren Rezession keine stimulierende Wirkung vom Export aus zu erwarten ist wie im Verlauf der Krise 1966/67.

Es wäre in dieser Situation von der Bundesregierung aus um so erforderlicher,

- unverzüglich zum festen Wechselkurs der D-Mark gegenüber dem Dollar auf der Basis 1 Dollar = 3,66 DM zurückzukehren, d. h. von einer erneuten Aufwertung Abstand zu nehmen;
- von den USA die Abwertung des Dollars zu verlangen oder zumindest international darauf hinzuwirken, um die Dollarflut nachhaltiger einzudämmen;
- den Handel mit den sozialistischen Ländern zu intensivieren, damit die Abhängigkeit vom amerikanisch kontrollierten Wirtschaftsraum gelockert wird.

Wie gering immer noch der Anteil der sozialistischen Länder am Export der BRD ist, geht aus folgender Übersicht hervor:

#### Außenhandel nach Regionen (Januar bis August)

|                                 | Anteil am Export in % |       | Saldo der Handelsbilanz<br>in Mrd. DM |       |
|---------------------------------|-----------------------|-------|---------------------------------------|-------|
|                                 | 1970                  | 1971  | 1970                                  | 1971  |
| Alle Länder                     | 100,0                 | 100,0 | + 9,2                                 | + 9,6 |
| Kapitalistische Industrieländer | 78,1                  | 78,5  | + 8,2                                 | + 8,5 |
| darunter:                       |                       |       |                                       |       |
| EWG                             | 40,0                  | 39,9  | + 0,7                                 | — 0,8 |
| EFTA                            | 22,6                  | 22,0  | + 7,4                                 | + 8,5 |
| USA                             | 8,9                   | 10,2  | — 0,6                                 | + 0,0 |
| Sozialistische Länder           | 4,5                   | 4,5   | + 0,9                                 | + 0,9 |
| „Entwicklungsländer“            | 17,2                  | 17,0  | + 0,0                                 | + 0,1 |

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/1971, S. 69\*)

#### Auslandsumsatz ausgewählter Industriezweige

|                          | 1. Hj. 1970<br>Mrd. DM | in % des Aus-<br>landsumsatzes | 1. Hj. 1971<br>Mrd. DM | in % des Aus-<br>landsumsatzes |
|--------------------------|------------------------|--------------------------------|------------------------|--------------------------------|
| Auslandsumsatz insgesamt | 49,3                   | 100,0                          | 54,4                   | 100,0                          |
| Maschinenbau             | 9,5                    | 19,3                           | 10,4                   | 19,1                           |
| Fahrzeugbau              | 8,1                    | 16,4                           | 9,6                    | 17,6                           |
| Chemische Ind.           | 7,8                    | 15,8                           | 8,3                    | 15,3                           |
| Elektrotechn. Ind.       | 5,1                    | 10,3                           | 5,5                    | 10,1                           |
| Eisenschaff. Ind.        | 3,5                    | 7,1                            | 3,7                    | 6,8                            |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1971, S. 498\*; INFO 3/1970, S. 3)

#### 1.4 Investitionen

Geht man vom Umfang der Bruttoanlageinvestitionen im 1. Hj. 1971 aus, dann scheint die konjunkturelle Expansion anzuhalten. Mit 93,1 Mrd. DM, das sind 26 Prozent des nominalen BSP, liegt er nur knapp unter dem Durchschnitt

des Vorjahres (181 Mrd. DM, 26,5 Prozent des nominalen BSP), aber um fast 14 Mrd. DM über dem 1. Hj. 1970 (79,3 Mrd. DM, 24,7 Prozent des nominalen BSP).

Es besteht kein Zweifel, daß die relativ kräftigen Investitionen in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres zusammen mit dem starken Export die aus anderen Indikatoren (Nettoproduktion, Auftragseingang) seit längerem abzulesende Stagnation verdeckten.

#### Private und öffentliche Bruttoanlageinvestitionen

|              | BSP zu jeweiligen<br>Preisen in Mrd. DM | Bruttoanlageinvestitionen in<br>Mrd. DM | % des BSP |
|--------------|-----------------------------------------|-----------------------------------------|-----------|
| 1966         | 490,7                                   | 126,3                                   | 25,8      |
| 1967         | 495,5                                   | 114,4                                   | 23,1      |
| 1968         | 540,0                                   | 124,8                                   | 23,1      |
| 1969         | 603,4                                   | 146,2                                   | 24,2      |
| 1970         | 682,1                                   | 181,0                                   | 26,5      |
| 1970, 1. Hj. | 321,6                                   | 79,3                                    | 24,7      |
| 1971, 1. Hj. | 358,5                                   | 93,1                                    | 26,0      |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 3/1970, S. 210\*; 9/1971, S. 530)

Anders als in den zurückliegenden Aufschwungsjahren dürfte aller Voraussicht nach der Investitionstrend im 2. Hj. 1971 eine abrupte Umkehr erfahren.

Es wird angenommen, daß die Steigerungsrate der Anlageinvestitionen um 10 Prozent auf 7 Prozent zurückgeht, wogegen sie im 2. Hj. 1970 mit ca. + 2,5 Prozent von 22,5 auf 24,9 Prozent anstieg. Insgesamt hätten dann zum Ende dieses Jahres die staatlichen und privaten Investitionen nominal um 11,5 Prozent, real um höchstens 4 Prozent zugenommen gegenüber 1970 um nominal 23,9 Prozent, real um 11,9 Prozent. Der rasche Abfall der Investitionsneigung wird sich 1972 fortsetzen, wie die Vorausschau allein für die verarbeitende Industrie zeigt.

#### Bruttoanlageinvestitionen der Industrie

|                                          | In Mrd. DM<br>1970 | Veränderung gegenüber dem<br>Vorjahr in %<br>1970 | 1971 | 1972** |
|------------------------------------------|--------------------|---------------------------------------------------|------|--------|
| Verarbeitende Industrie                  | 34,0               | + 22                                              | + 3  | — 4    |
| davon:                                   |                    |                                                   |      |        |
| Grundstoff- und<br>Produktionsgüterind.* | 13,0               | + 21                                              | + 6  | — 4    |
| Investitionsgüterind.                    | 13,0               | + 32                                              | + 2  | — 6    |
| Verbrauchsgüterind.                      | 5,0                | + 12                                              | + 0  | + 2    |
| Nahrungs- u. Genußmittelind.             | 2,9                | + 6                                               | + 6  | — 2    |

(Quelle: Ifo Schnelldienst, 43/44, 1971, S. 5)

\* Steine, Erden; Eisen- u. Metallind.; Mineralölverarb., Chem. Ind.  
\*\* geplant

Der zu erwartende absolute Rückgang der Realinvestitionen ist ein weiteres, sicher das schwerwiegendste Alarmzeichen für die Beschäftigungslage in den kommenden Monaten. Anhaltspunkte für das Ausmaß des Investitionsabbaus vermittelt die neueste Erhebung des Ifo-Instituts zur Investitionstätigkeit der Industrie und im Bauhauptgewerbe für das kommende Jahr (ifo Schnelldienst 43/44, 1971).

Danach ist eine Verminderung der Investitionen um 7 Prozent höchstwahrscheinlich.

Vor dem Hintergrund dieser um sich greifenden pessimistischen Geschäftserwartungen ist es dringend erforderlich, daß die Bundesregierung ihre Zurückhaltung in der Investitionspolitik endlich aufgibt und den Ausbau der sozialen Infrastruktur sowie des Bildungswesens vorrangig behandelt. Dazu ist als Sofortmaßnahme des Bundes eine Behebung der Finanznot der Gemeinden unumgänglich, um weitere Kürzungen ihrer Investitionshaushalte zu verhindern. Daß schon jetzt ein diesbezügliches Vorgehen der öffentlichen Hand, vor allem des Bundes, unaufschiebbar geworden ist, ergibt sich aus den seit Juli d.J. absinkenden ausländischen Auftragseingängen der Investitionsgüterindustrie im Vergleich zum Vorjahr:

Juli — 1,2 %

August — 0,1 %

September — 1,7 % (BMW Tagesnachrichten, 5. 11. 1971)  
Die private Nachfrage ist letztlich entscheidend für die Kapazitätsauslastung der vorhandenen und -planung künftiger Anlagen, somit für die Stabilität der Vollbeschäftigung. Lag im vergangenen Jahr die Kapazitätsauslastung im Durchschnitt noch über 90 Prozent, so ging sie im Oktober 1971 auf 85 Prozent zurück.

#### 1.5 Beschäftigung

Produktions- und Kapazitätseinschränkungen haben einen unmittelbaren Rückgang der Industriebeschäftigung zur Folge. Hiervon sind besonders Arbeiter betroffen: von Juli 1970 bis Juli 1971 ging ihr Anteil an den Industriebeschäftigten um ca. 200 000 = — 3,1 Prozent zurück, während die Industriebeschäftigten überhaupt um rd. 100 000 = — 1,2 Prozent abnahmen.

#### Industriebeschäftigung

|            | Industriebeschäftigung<br>insgesamt<br>in Mio. | Veränderung<br>geg. Vorjahr<br>in % | darunter Arbeiter<br>in Mio. | Veränderung<br>geg. Vorjahr<br>in % |
|------------|------------------------------------------------|-------------------------------------|------------------------------|-------------------------------------|
| 1966       | 8,4                                            | — 0,9                               | 6,5                          | — 1,9                               |
| 1967       | 7,8                                            | — 6,5                               | 5,9                          | — 8,1                               |
| 1968       | 7,9                                            | + 0,7                               | 6,0                          | + 0,7                               |
| 1969       | 8,3                                            | + 5,2                               | 6,3                          | + 5,3                               |
| 1970       | 8,6                                            | + 3,7                               | 6,5                          | + 3,2                               |
| 1970, Juli | 8,6                                            | + 0,6                               | 6,5                          | + 0,6                               |
| 1971, Juli | 8,5                                            | — 1,2                               | 6,3                          | — 3,1                               |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1971, S. 497\*; Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen 8/1971, S. 234)

War noch in den Sommermonaten Juni/Juli 1970 ein Aufschwung der Industriebeschäftigung von + 0,1 Prozent auf + 0,6 Prozent gegenüber beiden Vorjahresmonaten zu verzeichnen gewesen, so ergab sich im gleichen Zeitraum 1971 das umgekehrte Bild. Die Beschäftigtenzahl sank um 0,6 Prozent im Juni, dann gar um 1,2 Prozent im Juli (jeweils gegenüber 1970).

|        | Industriebeschäftigte<br>in Mio |      | Veränd. gegenüb. dem<br>Vorjahr in % |       |
|--------|---------------------------------|------|--------------------------------------|-------|
|        | 1970                            | 1971 | 1970                                 | 1971  |
| Mai    | 8,57                            | 8,52 | — 0,1                                | — 0,6 |
| Juni   | 8,57                            | 8,52 | + 0,1                                | — 0,6 |
| Juli   | 8,62                            | 8,53 | + 0,6                                | — 1,0 |
| August | 8,65                            | 8,55 | + 0,3                                | — 1,2 |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik 10/1971, S. 558\*; Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, 8/1971, S. 234)

In den folgenden Monaten bis einschließlich Oktober d.J. wies der Arbeitskräfteabbau besorgniserregende Züge auf. Die Arbeitslosenquote (Arbeitslose in Prozent der Beschäftigten) stieg auf 0,8 Prozent (Oktober 1970 0,5 Prozent). Das Tempo des konjunkturellen Niedergangs verdeutlicht die Zunahme der Quote um 0,1 Prozent innerhalb eines Monats (September 1971 0,7 Prozent).

Gleichzeitig wird von den Unternehmern eine auffallende Verringerung der offenen Stellen vorgenommen, so daß die Differenz zwischen Arbeitslosen und offenen Stellen von Juni bis Oktober 1971 um knapp 200 000 fiel.

#### Arbeitslose und offene Stellen (in 1000)

|       | Arbeitslose<br>(I) |      | Offene Stellen<br>(II) |      | Differenz<br>(II) — (I) |      |
|-------|--------------------|------|------------------------|------|-------------------------|------|
|       | 1970               | 1971 | 1970                   | 1971 | 1970                    | 1971 |
| Juni  | 95                 | 135  | 892                    | 728  | 797                     | 593  |
| Juli  | 99                 | 142  | 872                    | 708  | 773                     | 566  |
| Aug.  | 99                 | 146  | 853                    | 693  | 754                     | 547  |
| Sept. | 97                 | 147  | 812                    | 645  | 715                     | 498  |
| Okt.  | 111                | 170  | 748                    | 570  | 637                     | 400  |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1971, S. 489\*; Die Zeit, S. 11. 71; FAZ, 8. 11. 71)

Der Vergleich mit dem Vorjahr macht ersichtlich, daß schon im Herbst 1970 das konjunkturelle Klima umzuschlagen begann. Die offiziell gebräuchliche Formel von der „Entspannung auf dem Arbeitsmarkt“ verdeckt die bewußt betriebene Praxis, „Stabilität“ auf Kosten der Vollbeschäftigung herbeizuführen. Damit soll der Politik eines faktischen Lohnstopps Nachdruck verschafft werden. Im übrigen konkretisiert die schnelle Abnahme gemeldeter „offener“ Stellen den Eindruck, daß diese statistische Größe als fiktiver Angebotsindikator fungiert, um je nach Bedarf die Lage zu dramatisieren: einmal Sorge die „Überhitzung“ des Arbeitsmarktes für überproportionale Kostensteigerungen, ein anderes Mal sollen abnehmende „offene“ Stellen die Gewerkschaften vor Lohnforderungen, die über die Unternehmensvorschläge hinausgehen, zurückschrecken lassen.

Wie im Frühjahr, so sind auch in den Sommer- und Herbstquartalen des Jahres die Frauen vom Arbeitskräfteabbau besonders betroffen. Beispielsweise war die Arbeitslosenquote im August 1971 bei den Frauen um das Doppelte höher (1,0 Prozent) als bei den Männern (0,5 Prozent).

Zudem wird es für weibliche Arbeitskräfte immer schwieriger als für männliche, Beschäftigung zu finden, da die Zahl der „offenen Stellen“ für Frauen um 40 Prozent niedriger ist (1966 etwa war sie fast gleich, 1970 sank das Verhältnis auf 50 Prozent).

Daß die Arbeitslosenquote in den kommenden Monaten noch rascher wachsen wird, ist den Meldungen über die Einführung von Kurzarbeit zu entnehmen. Von Mai bis Oktober 1971 nahm sie um knapp 10 000 Registrierte von 50 000 auf 59 000 zu und lag damit fast viermal so hoch wie 1966, dem Jahr vor der letzten Krise.

#### Kurzarbeiter (in 1000)

| 1965 | 1966 | 1967  | 1968 | 1969 | 1970 | Oktober 1971 |
|------|------|-------|------|------|------|--------------|
| 1,1  | 15,8 | 142,7 | 10,4 | 1,3  | 9,6  | 59           |

(Quelle: Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, 7/1971, S. 216; FAZ, 6. 11. 1971)

#### 1.6 Umsatz je Beschäftigten

Erneut dienen Stagnation und beginnende Krise zur Erhöhung der Arbeitsintensität der Industriebeschäftigten. Dies erweist sich an der Entwicklung des Umsatzes je Beschäftigten im Verhältnis zu der der Beschäftigtenzahlen, aber auch der absoluten Umsatzhöhe der Industriebetriebe (mit 10 und mehr Beschäftigten ohne Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke für die öffentliche Versorgung und ohne Bauindustrie).

Im 1. Hj. 1971 nahm die Beschäftigung um —1,2 Prozent ab (1970, 1. Hj. +4,9 Prozent), der Umsatz stieg um +8,6 Prozent (1970, 1. Hj. +14,8 Prozent), und der Umsatz je Beschäftigten stieg immer noch um +8 Prozent (1970, 1. Hj. +8,9 Prozent). Dieses Ergebnis liegt nach wie vor weit über dem des Aufschwungjahres 1968.

Darüber hinaus wurde im Juli, mehr noch im August 1971 das monatsdurchschnittliche Halbjahresresultat sogar übertroffen: der Umsatz stieg nur noch um +3,7 bzw. +7,2 Prozent, die Beschäftigung reduzierte sich um jeweils —1,2 Prozent, jedoch der Umsatz je Beschäftigten veränderte sich um +5,8 Prozent und +13,0 Prozent (jeweils gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres).

#### Beschäftigte und Umsatz in der Industrie (Monatsdurchschnitt)

|              | Beschäftigte in Mio | Umsatz in Mrd. DM | Umsatz je Beschäftigten in 1000 DM |
|--------------|---------------------|-------------------|------------------------------------|
| 1966         | 8,4                 | 32,3              | 3,9                                |
| 1967         | 7,8                 | 31,7              | 4,0                                |
| 1968         | 7,9                 | 33,8              | 4,3                                |
| 1969         | 8,3                 | 39,2              | 4,7                                |
| 1970         | 8,6                 | 44,1              | 5,1                                |
| 1970, 1. Hj. | 8,5                 | 42,1              | 4,9                                |
| 1971, 1. Hj. | 8,6                 | 45,7              | 5,3                                |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 6/1971, S. 317\*; 9/1971, S. 497\*)

Dem entsprechen folgende prozentuale Veränderungen:

|              | Beschäftigte | Veränderung gegenüber dem Umsatz | Vorjahr in % Umsatz je Beschäftigten |
|--------------|--------------|----------------------------------|--------------------------------------|
| 1966         | —0,9         | + 3,6                            | + 4,5                                |
| 1967         | —6,5         | — 1,9                            | + 4,9                                |
| 1968         | +0,7         | + 6,5                            | + 5,8                                |
| 1969         | +5,2         | +16,0                            | +10,3                                |
| 1970         | +3,7         | +12,4                            | + 8,5                                |
| 1970, 1. Hj. | +4,9         | +14,8                            | + 8,9                                |
| 1971, 1. Hj. | +1,2         | + 8,6                            | + 8,2                                |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 6/1971, S. 317\*; 9/1971, S. 497\*; INFO 3/1970, S. 5)

Von Mai bis Juli 1971 zeigten sich im einzelnen folgende Entwicklungslinien:

| 1971   | Umsatz je Besch. in 1000 DM | Beschäftigte | Umsatz | Vorjahr in % Umsatz je Besch. |
|--------|-----------------------------|--------------|--------|-------------------------------|
| Mai    | 5,3                         | —0,5         | + 11,3 | + 12,8                        |
| Juni   | 5,6                         | —0,6         | + 6,1  | + 5,7                         |
| Juli   | 5,5                         | —1,0         | + 3,9  | + 5,8                         |
| August | 5,0                         | —1,1         | + 7,2  | + 8,7                         |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 10/1971, S. 558\*; INFO 3/1970, S. 5)

## 2 Unternehmerngewinne

### 2.1 Bruttogewinne

Nach der inzwischen korrigierten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung brachte das Jahr 1970 mit einer 9prozentigen Anhebung der nach außen hin nicht verschleierte „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ ein überraschend hohes Ergebnis im Vergleich zu 1969 (+5,6 Prozent gegenüber 1968). Die um 3,4 Prozent höhere Gewinnrate wurde trotz der angeblichen Lohnkosteninflation ausgewiesen, und ihre Heraussetzung wurde aus optischen Gründen wohl deswegen vorgenommen, damit die schon lange angekündigte Ertragsminderung im laufenden Jahr im Hinblick auf die IG Metall- und ÖTV-Lohnpolitik um so krasser ausfallen soll.

Tatsächlich wurden im 1. Hj. 1971 nur mit +1,9 Prozent Bruttogewinnsteigerungen angegeben, im 1. Hj. 1970 waren es noch +9,3 Prozent, jeweils im Vorjahresvergleich.

#### Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

|              | In Mrd. DM | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % |
|--------------|------------|----------------------------------------|
| 1966         | 129,5      | + 3,4                                  |
| 1967         | 128,1      | — 1,1                                  |
| 1968         | 150,6      | +17,5                                  |
| 1969         | 159,0      | + 5,6                                  |
| 1970         | 173,3      | + 9,0                                  |
| 1970, 1. Hj. | 81,1       | + 9,3                                  |
| 1971, 1. Hj. | 82,6       | + 1,9                                  |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 69; 9/1971, S. 533)

Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stellen sogenannte Restgrößen dar, die aus mannigfaltigen Gründen veröffentlicht werden müssen. Sie können daher nicht als die wirklichen Gewinne gelten, sind also überwiegend heruntermanipulierte Profite.

### 2.2 Nettogewinne

Die Spanne zwischen den veröffentlichten Gewinnen 1970 und im 1. Hj. 1971 ist bei den Unternehmer- wie Vermögensnettoeinkommen noch größer als bei der Bruttorechnung (1. Hj. 1971 zum 1. Hj. 1970 +0,3 Prozent; 1. Hj. 1970 zum 1. Hj. 1969 +13,2 Prozent; 1970 zu 1969 +12,6 Prozent).

## Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

|              | in Mrd. DM | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % |
|--------------|------------|----------------------------------------|
| 1966         | 99,3       | + 3,4                                  |
| 1967         | 98,2       | — 1,1                                  |
| 1968         | 118,2      | + 20,3                                 |
| 1969         | 122,9      | + 4,0                                  |
| 1970         | 138,4      | + 12,6                                 |
| 1970, 1. Hj. | 64,4       | + 13,2                                 |
| 1971, 1. Hj. | 64,6       | + 0,3                                  |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 71; 9/1971, S. 535)

Es handelt sich bei den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um Globalangaben, in die sowohl Monopolprofite, Gewinne von staatlichen Unternehmen als auch von Klein- bis Mittelbetrieben eingehen. Eine differenziertere Gewinnanalyse würde Aufschluß darüber geben, daß der Rückgang der Erträge schwergewichtig die nichtmonopolistischen Unternehmen trifft. Es wird bei der zu erwartenden Zuspitzung der Krise ohnehin zu einer neuen Konkurswelle kommen, welche die Zahl der kleinen und mittleren Unternehmen drastisch reduzieren dürfte.

## 3 Lage der Arbeiterklasse

### 3.1 Bruttolöhne und -gehälter

Zwischen 1967 und dem 1. Hj. 1971 beliefen sich die Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit, in denen auch die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und die zusätzlichen Sozialaufwendungen enthalten sind, auf:

#### Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit

|              | in Mrd. DM | Zunahme gegenüber dem Vorjahr in % |
|--------------|------------|------------------------------------|
| 1966         | 247,6      | 7,6                                |
| 1967         | 247,9      | 0,1                                |
| 1968         | 266,3      | 7,4                                |
| 1969         | 300,1      | 12,7                               |
| 1970         | 353,1      | 17,7                               |
| 1970, 1. Hj. | 166,0      | 18,0                               |
| 1971, 1. Hj. | 190,7      | 14,9                               |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik 2/1970, S. 69; 9/1971, S. 533)

Im Vergleich zum 1. Hj. 1970 und zu 1970 insgesamt verringerte sich der Einkommenszuwachs der Abhängigen brutto um 3,1 Prozent bzw. 2,8 Prozent.

Aufgrund der sich wandelnden Beschäftigungslage verkleinerte sich der Unterschied zwischen der Zunahme des Bruttolohns und -gehalts je abhängig Beschäftigten und der der Bruttoeinkommen insgesamt im 1. Hj. 1971 auf 1,5 Prozent, nachdem er im 1. Hj. 1970 noch 3,5 Prozent, 1970 3 Prozent betrug.

Die Zunahme des durchschnittlichen Bruttolohns und -gehalts (monatlich) war daher weniger auffällig als die des gesamten Bruttoeinkommens. Im 1. Hj. 1971 betrug sie gegenüber dem 1. Hj. 1970 — 1,1 Prozent, gegenüber 1970 insgesamt — 1,3 Prozent.

#### Durchschnittsbruttolohn und -gehalt (monatlich) je Arbeiter, Angestellten und Beamten

|              | in DM | Zunahme gegenüber dem Vorjahr in % |
|--------------|-------|------------------------------------|
| 1966         | 831   | 7,2                                |
| 1967         | 857   | 3,2                                |
| 1968         | 909   | 6,1                                |
| 1969         | 993   | 9,2                                |
| 1970         | 1138  | 14,7                               |
| 1970, 1. Hj. | 1077  | 14,5                               |
| 1971, 1. Hj. | 1221  | 13,4                               |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 70; 9/1971, S. 534)

Auch im 2. Vj. 1971 setzte sich die negative Lohndrift (Spanne zwischen Effektiv- und Tarifverdiensten), die im 4. Vj. 1970 begann, nicht nur fort, sondern hatte mit — 2,9 Prozent ein selbst während der letzten Krise 1966/67 nicht gekanntes Ausmaß.

|              | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % |
|--------------|----------------------------------------|----------------------------------------|----------------------------------------|
|              | Tarifverdienste auf Monatsbasis        | Effektivverdienste je Beschäftigten    | Lohndrift auf Monatsbasis              |
| 1968         | + 3,9                                  | + 6,1                                  | + 2,2                                  |
| 1969         | + 6,4                                  | + 9,2                                  | + 2,8                                  |
| 1970         | + 12,3                                 | + 14,7                                 | + 2,4                                  |
| 1970, 1. Vj. | + 11,3                                 | + 14,2                                 | + 2,9                                  |
| 2. Vj.       | + 11,2                                 | + 14,7                                 | + 3,5                                  |
| 3. Vj.       | + 12,0                                 | + 15,4                                 | + 3,4                                  |
| 4. Vj.       | + 14,6                                 | + 14,3                                 | — 0,3                                  |
| 1971, 1. Hj. | + 14,7                                 | + 13,9                                 | — 0,8                                  |
| 2. Vj.       | + 14,6                                 | + 11,7                                 | — 2,9                                  |

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 9/1971, S. 67\*)

An der Zunahme der negativen Lohndrift ist abzulesen, daß es die gewerkschaftliche Lohnpolitik während des Booms einmal mehr nicht vermochte, die Effektivverdienste tariflich zu verankern. Zum anderen läßt das Steigen der Tarif- über die Effektivlöhne erkennen, welche Möglichkeiten einer forcierten aktiven Lohnpolitik noch im letzten Jahr offen standen, als die Arbeitsmarktlage sie ohne Zweifel zuließ. Was seit dem Frühjahr an Abschlüssen getätigt wurde, ist und bleibt ökonomisch bedenklich. Tarifanhebungen zwischen 7 und 8 Prozent mit abfallender Tendenz treiben die Stagnation infolge des dadurch bedingten Nachfrageausfalls verstärkt zur Krise. Tarifliche Lohnerhöhungen in der Größenordnung der offiziell ausgewiesenen Steigerung der Preise für die Lebenshaltung (vgl. Kennziffer 3.4) bleiben unter den gegenwärtig labilen Bedingungen hinter den konjunkturellen Notwendigkeiten weit zurück, da eine 5—10prozentige Tarifloohnerhöhung effektiv die Inflationsrate nicht einholt.

Es wäre vom Standpunkt der sozialen Sicherheit für einige hunderttausend abhängig Beschäftigte unbedingt erforderlich gewesen, wenigstens an den ursprünglichen gewerkschaftlichen Forderungen festzuhalten und dabei auf die Solidarität der Arbeiter in den Betrieben zu vertrauen. Das Urabstimmungsergebnis der Metallarbeiter in Nordwürttemberg-Nordbaden, das eine hohe Streikbereitschaft anzeigt, ist symptomatisch für die allgemeine Stimmung, sich gegen die Beschneidung des Lebensstandards zur Wehr zu setzen.

- 9—12prozentige Tarifloohnerhöhung,
- stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen,
- „kostenneutrale Vorweganhebungen“, um einen — wenn auch geringen — Teil noch bestehender höherer Effektivlöhne abzusichern,
- Einführung der 35-Stunden-Woche,
- bezahlter Bildungsurlaub,
- Ausbau von Rationalisierungsschutzabkommen,
- tarifvertraglich verankerte Entschädigung seitens der Unternehmer bei konjunktur- oder strukturbedingten Entlassungen,
- betriebsnahe Tarifpolitik im monopolistischen Unternehmensbereich

wären ein erfolgversprechendes gewerkschaftliches Programm, um die abhängig Beschäftigten vor den schwersten Auswirkungen einer Krise bei zunehmender Inflation zu schützen.

Der Druck auf die IG Metall und die Gewerkschaft OTV seitens der Bundesregierung im Laufe der Herbstmonate, unter den an sich schon kritischen Abschlüssen des Bauhauptgewerbes (+ 7,9 Prozent), der IG Chemie (+ 7,8 Prozent) und der IG Bergbau (+ 7,3 Prozent) zu bleiben, bedeutet, einer faktischen Reallohnsenkung zuzustimmen, ohne daß dafür eine Garantie für den Bestand der Vollbeschäftigung gegeben wurde.

Das Beharren der Unternehmer im Metallbereich auf ihrem politisch-provokatorischen 4,5-Prozent-Angebot angesichts von Schlichtungsvorschlägen, die — wie in Nordwürttemberg-Nordbaden — mit 7,5 Prozent Tarifloohnerhöhung eher

den Unternehmer- und Regierungsvorstellungen nahekomen, enthält die Forderung, die Gewerkschaften künftig fest an die offiziellen Lohnleitlinien zu binden.

Die Unternehmer wissen, daß die Höhe der Einkommen aus abhängiger Arbeit ein politisches Faktum ist. Sie wissen auch, daß die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung darauf abzielt, ihre Ertragskraft zu stärken. Daher soll die Bundesregierung jetzt veranlaßt werden, die gewerkschaftliche Tarifautonomie einzuengen.

Eine solche Wirtschaftspolitik wird nicht den Stabilitätsvorstellungen der abhängigen Beschäftigten gerecht, die auf höhere Realeinkommen bei sicheren Arbeitsplätzen gerichtet sind.

Steigerung der Profite bedeutet, im Einklang mit staatlich induzierter wie außenwirtschaftlich bedingter Inflation, Preisauftrieb. Dieser ist nicht auf höhere Löhne zurückzuführen, da die Löhne und Gehälter ohnehin nur auf ihn reagieren, nicht umgekehrt.

### 3.2 Steuern und Abgaben

Obwohl sich der Anstieg der Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit im 1. Hj. 1971 gegenüber der gleichen Vorjahresperiode um 3,1 Prozent verminderte, nahm das Lohnsteueraufkommen um fast 11 Prozent zu (44,5 gegen 33,7 Prozent). Allein von April bis Juli d. J. wurde gegenüber April/Juli 1970 ein Plus von 20 Prozent erreicht.

Dagegen verminderte sich die Mehreinnahme aus den Arbeitnehmerbeiträgen zur Sozialversicherung entsprechend den geringeren Einkommenszuwachsrate auf knapp + 9 Prozent (1. Hj. 1971 + 11,3, 1. Hj. 1970 + 20 Prozent).

|              | Arbeitgeber-<br>beitr. u.<br>zusätzl. Soz.-<br>aufwänd.<br>Mrd. DM | Arbeitnehmer-<br>beiträge zur<br>Sozialvers. in<br>Mrd. DM | Zunahme<br>gegenüber d.<br>Vorjahr<br>in % | Lohnsteuer<br>in Mrd. DM | Zunahme<br>gegenüber d.<br>Vorjahr<br>in % |
|--------------|--------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------|--------------------------------------------|--------------------------|--------------------------------------------|
| 1967         | 30,01                                                              | 21,15                                                      | 2,2                                        | 19,11                    | 1,7                                        |
| 1968         | 33,56                                                              | 23,63                                                      | 11,7                                       | 21,85                    | 14,3                                       |
| 1969         | 39,00                                                              | 27,58                                                      | 16,7                                       | 26,92                    | 23,2                                       |
| 1970         | 46,74                                                              | 32,76                                                      | 18,8                                       | 36,53                    | 35,7                                       |
| 1970, 1. Hj. | 22,30                                                              | 15,57                                                      | 20,0                                       | 14,15                    | 33,7                                       |
| 1971, 1. Hj. | 26,01                                                              | 17,33                                                      | 11,3                                       | 20,45                    | 44,5                                       |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1971, S. 534)

Daß die Lohnsteuer nach wie vor die ergiebigste Einkommensteuer ist, geht aus der diesbezüglichen Bundesbankstatistik hervor. Danach umfaßte 1970 allein die Lohnsteuer rund 5,6 Prozent des BSP. Praktisch wird schon weit über die Hälfte des gesamten Einkommensteueraufkommens von der Lohnsteuer getragen.

#### Einkommensteuerbelastung von Unternehmern, anderen Selbständigen und der Arbeiterklasse (in Mrd. DM)

|              | Insgesamt | Lohn- | Veranlagte<br>Einkommen | Körper-<br>schaft- | Kapital-<br>ertragsteuer |
|--------------|-----------|-------|-------------------------|--------------------|--------------------------|
| 1967         | 43,9      | 19,6  | 15,8                    | 7,1                | 1,5                      |
| 1968         | 48,4      | 22,1  | 16,3                    | 8,6                | 1,5                      |
| 1969         | 56,7      | 27,1  | 17,0                    | 10,9               | 1,7                      |
| 1970         | 61,8      | 35,1  | 16,0                    | 8,7                | 2,0                      |
| 1970, 1. Hj. | 28,0      | 14,7  | 7,7                     | 4,7                | 1,0                      |
| 1971, 1. Hj. | 31,9      | 18,9  | 8,8                     | 3,3                | 0,9                      |

|              | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % |        |        |        |  |
|--------------|----------------------------------------|--------|--------|--------|--|
| 1967         | + 2,6                                  | — 1,8  | — 8,1  | + 0,9  |  |
| 1968         | + 12,9                                 | + 3,1  | + 21,1 | + 4,8  |  |
| 1969         | + 22,5                                 | + 4,4  | + 27,5 | + 11,4 |  |
| 1970         | + 29,7                                 | — 5,8  | — 20,0 | + 17,8 |  |
| 1970, 1. Hj. | + 28,9                                 | — 7,2  | — 7,8  | + 42,9 |  |
| 1971, 1. Hj. | + 28,6                                 | + 14,3 | — 29,8 | — 10,0 |  |

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1971, S. 54; 10/1971, S. 54\*)

Es ist auf das die Profite auf Kosten der Abhängigeneinkommen stützende Steuerrecht zurückzuführen, daß nach 1969 erst wieder im 1. Hj. 1971 von den Unternehmern und anderen Selbständigen ein positiver Prozentsatz der Veränderung der veranlagten Einkommensteuer (+ 14,3 Prozent gegenüber der Vorjahresperiode) verzeichnet wurde.

Auf der anderen Seite blieb das Aufkommen der Körperschaft- und Kapitalertragsteuer negativ (— 29,8 bzw. — 10 Prozent im 1. Hj. 1971 gegenüber dem 1. Hj. 1970).

Besonders auffallend ist der 1970 einsetzende absolute Rückgang der Körperschaftsteuer von — 20 Prozent, der im 1. Hj. 1971 fast — 30 Prozent erreichte. Begründet wird dieser Umfang an Steuerschulden bezeichnenderweise mit höherer Dividendenzahlung sowie mit nachlassenden Gewinnen. Doch das letzte Argument deckt die Manipulation der Unternehmereinkommenstatistik insofern auf, als kontinuierlich steigende Abschreibungen (1. Hj. 1970 35,8 Mrd., 1. Hj. 1971 41 Mrd. DM, vgl. Kennziffer 4.1) verbucht worden sind, was auf eine bemerkenswerte Selbstfinanzierungsquote (Investitionen aus Gewinnen) schließen läßt.

Das Mißverhältnis der Einkommensteuerbelastung zuungunsten der Lohnsteuerpflichtigen und Selbständigen mit minimalem Einkommen wird sich von 1972 an indirekt vergrößern. Die demnächst erfolgende Heraufsetzung einiger Verbrauchsteuern (insbesondere für Tabak und Mineralöl) soll diejenigen steuerlich erfassen, die bislang nur geringe oder — wie knapp 20 Prozent Bezieher niedriger Einkommen — keine Einkommensteuer zu zahlen brauchten. Ihre Konsumausgaben werden sich zwangsläufig verteuern.

Was im Rahmen der Steuer- und Abgabenpolitik der öffentlichen Hand im Interesse der abhängigen Beschäftigten läge, wäre die unverzügliche Rückzahlung des Konjunkturzuschlags zur Lohnsteuer, zumal er eine andere Wirkung hatte als die wirtschaftspolitisch herausgestellte: nicht Dämpfung der Preise, sondern Einschränkung des Verbrauchs, um die Verteilungsstruktur (vgl. Kennziffer 4.1.) unangetastet zu lassen.

Zudem ist einer Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozent (von 1,3 auf 1,8 Prozent) des Bruttoverdienstes mit Nachdruck entgegenzutreten. Sie würde die Kaufkraft der abhängigen Beschäftigten noch stärker schmälern, indem sie dafür aufkommen sollen, daß eine verfehlte Haushaltspolitik der Bundesanstalt für Arbeit den Arbeitslosenversicherungs-Reservebestand von ca. 6 Mrd. DM aufgezehrt hat, ohne daß zweckentsprechende Unterstützungen gezahlt werden brauchten.

### 3.3 Nettolöhne und -gehälter

Die im 1. Hj. 1971 verlaufene Entwicklung der Nettolohn- und -gehaltssumme (Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit abzüglich der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, der zusätzlichen Sozialaufwendungen und der Lohnsteuer) spiegelte — stellt man sie neben die der Bruttoarbeitseinkommen — die massive steuerliche Belastung der abhängigen Beschäftigten wider. Der Unterschied zwischen beiden Zuwachsrate von 3,6 Prozent war noch nie so groß: Bruttoeinkommen + 14,9 Prozent, Nettolöhne und -gehälter + 11,3 Prozent.

#### Nettolohn- und -gehaltssumme

|              | In Mrd. DM | Veränderung<br>gegenüber<br>dem Vorjahr in % |
|--------------|------------|----------------------------------------------|
| 1966         | 178,48     | + 5,9                                        |
| 1967         | 177,63     | — 0,5                                        |
| 1968         | 187,27     | + 5,4                                        |
| 1969         | 206,60     | + 10,3                                       |
| 1970         | 237,11     | + 14,8                                       |
| 1970, 1. Hj. | 113,98     | + 15,3                                       |
| 1971, 1. Hj. | 126,90     | + 11,3                                       |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik 2/1970, S. 70; 9/1971, S. 534)

Vergleicht man die jährlichen Zuwachsraten von Nettolöhnen und -gehältern sowie Bruttoeinkommen aus abhängiger Beschäftigung, so zeigt sich, daß von Periode zu Periode ihr Steigerungsmaß mehr und mehr auseinanderfällt:

|              |                     |        |
|--------------|---------------------|--------|
| 1968         | um 5,4 % gegenüber  | 7,4 %  |
| 1969         | um 10,3 % gegenüber | 12,7 % |
| 1970         | um 14,8 % gegenüber | 17,7 % |
| 1971, 1. Hj. | um 11,3 % gegenüber | 14,9 % |

Aufgrund der Staffelung der Steuersätze, wodurch Löhne und Gehälter immer stärker in den Einkommensteuerprogressionsbereich gelangen, sind die Nettolöhne und -gehälter im 1. Hj. 1971 um knapp 64 Mrd. DM hinter den Bruttoeinkommen zurückgeblieben. Der Abstand im 1. Hj. 1970 betrug noch 52 Mrd. DM.

Ebenso hat sich die Differenz der monatlichen Pro-Kopf-Netto- zu den -Bruttoeinkommen je durchschnittlich abhängig Beschäftigtem weiter vergrößert.

#### Nettolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigtem Arbeiter, Angestellten und Beamten

|              | monatlich<br>in DM | Zunahme gegenüber<br>dem Vorjahr in % |
|--------------|--------------------|---------------------------------------|
| 1966         | 680                | 5,8                                   |
| 1967         | 699                | 2,8                                   |
| 1968         | 732                | 4,7                                   |
| 1969         | 785                | 7,3                                   |
| 1970         | 881                | 12,1                                  |
| 1970, 1. Hj. | 854                | 12,4                                  |
| 1971, 1. Hj. | 941                | 10,1                                  |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 70; 9/1971, S. 534)

### 3.4 Preise

Bundesbank und Bundesregierung gingen in ihren jüngsten Verlautbarungen davon aus, daß mit einer nachhaltigen Stabilisierung des gegenwärtigen Preisniveaus, geschweige denn mit Preissenkungen in der nächsten Zeit nicht gerechnet werden kann. Diese Vorausschau enthält unausgesprochen eine Widerlegung des Arguments von der „Lohn-Preis-Spirale“; denn während seit dem 4. Vj. 1970 eine zunehmend negative Lohndrift (vgl. Kennziffer 3.1) zu konstatieren ist, ebbt der Preisauftrieb nicht mehr ab.

Blieb der Preisindex für die Lebenshaltung in den Monaten Juli bis September 1970 noch konstant, so beschrieb er im gleichen Zeitablauf dieses Jahres eine stetige Aufwärtsbewegung. Danach zog der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von September 1970 bis September 1971 um 7,3 Punkte, das sind + 5,9 Prozent, an, von September bis Oktober d. J. nahm er nochmals um 0,5 Punkte zu.

#### Preisentwicklung bis September 1971 (1962 = 100; alle Haushalte)

|                | Lebenshaltungs-<br>kosten insg. | Wohnungs-<br>miete | Elektrizität,<br>Gas,<br>Brennstoffe | Kraftfahr-<br>zeuge<br>Fahrräder | Fremde Ver-<br>kehrsmittel |
|----------------|---------------------------------|--------------------|--------------------------------------|----------------------------------|----------------------------|
| 1967           | 114,6                           | 135,7              | 109,9                                | 101,6                            | 121,4                      |
| 1968           | 116,4                           | 146,0              | 116,7                                | 102,0                            | 124,3                      |
| 1969           | 119,5                           | 156,6              | 118,7                                | 102,7                            | 124,9                      |
| 1970           | 124,0                           | 163,4              | 127,4                                | 107,3                            | 125,9                      |
| 1970, Juli     | 124,2                           | 163,5              | 126,5                                | 106,8                            | 125,9                      |
| 1970, August   | 124,1                           | 163,9              | 127,8                                | 107,0                            | 126,1                      |
| 1970, Septemb. | 124,1                           | 164,7              | 129,3                                | 107,1                            | 126,2                      |
| 1971, Juli     | 130,9                           | 173,7              | 134,3                                | 113,2                            | 135,9                      |
| 1971, August   | 130,8                           | 174,4              | 134,3                                | 113,2                            | 136,8                      |
| 1971, Septemb. | 131,4                           | 175,1              | 136,3                                | 114,6                            | 137,1                      |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 10/1971, S. 504\*, 590\*)

Zwischen September 1970 und September 1971 stieg der Preisindex

|                               |                        |
|-------------------------------|------------------------|
| — der Lebenshaltung insgesamt | um 7,3 Punkte (5,9 %)  |
| — der Wohnungsmieten          | um 10,4 Punkte (6,3 %) |

|                                       |                        |
|---------------------------------------|------------------------|
| — von Elektrizität, Gas, Brennstoffen | um 7,0 Punkte (5,4 %)  |
| — Kraftfahrzeugen, Fahrrädern         | um 7,5 Punkte (7,0 %)  |
| — für fremde Verkehrsleistungen       | um 10,9 Punkte (8,6 %) |

Die Teuerungsrate im Oktober überschritt, aufgeteilt nach Haushaltsgruppen, im Jahresvergleich bereits die 6-Prozent-Grenze, und zwar stieg der Preisindex für die Lebenshaltung von

|                                                                                  |       |
|----------------------------------------------------------------------------------|-------|
| — 4-Personen-Haushalten von Angestellten und Beamten mit „höherem“ Einkommen auf | 6,1 % |
| — 4-Personen-Haushalten abhängig Beschäftigter mit „mittlerem“ Einkommen auf     | 6,3 % |
| — 2-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern auf                | 6,1 % |

(FAZ, 6. 11. 71)

Ein Abflauen des inflationären Trends ist nicht in Sicht, zumal der Index der Erzeugerpreise für industrielle Produkte insgesamt von Juli bis September d. J. um 0,1, der für Verbrauchsgüter um 0,6, der für elektrischen Strom, Gas, Wasser um 1,7, für Personen- und Lastkraftwagen um 1,3 und der Gesamtbaupreisindex für Wohngebäude von Mai bis August d. J. um 1,3 Punkte zunahm.

Darüber hinaus ist Anfang 1972 eine 10–20prozentige Anhebung der Bundesbahnnah- und -sozialtarife, ferner der für Frachtgut vorgesehenen, wiederum steht eine Erhöhung der Posttarife bevor und eine Reihe kommunaler Versorgungsunternehmen wird ebenfalls die Tarife für ihre Dienste massiv hochsetzen.

### 3.5 Realeinkommensentwicklung

Nachdem 1970 die statistische Realeinkommenssteigerung gegenüber 1969 8 Prozent betrug, wird 1971 aller Voraussicht nach kaum noch ein Zuwachs eintreten.

Nicht nur werden die positiven Raten der Nettolöhne und -gehälter im Vergleich zu den Bruttoarbeitseinkommen in diesem Jahr noch geringer als in den vergangenen Jahren ausfallen (vgl. Kennziffer 3.3), sondern die Lohn- und Gehaltserhöhungen bleiben effektiv im Schnitt hinter dem Preisauftrieb zurück.

Doch allein schon die 1970 erreichte 8prozentige Realeinkommenssteigerung ist nur eine statistische insofern, als rund 50 Prozent des Einkommens der Mehrheit der abhängig Beschäftigten infolge von laufenden Abgaben an die öffentliche Hand (Sozialversicherungsbeiträge, Lohnsteuer, Tarife) und an den Hausbesitz (Miete) dem individuellen Konsum entzogen werden, wobei dieser Anteil stetig zunimmt. Der reale Lebenshaltungsstandard erfährt also nur viel kleinere Erhöhungen als in der Statistik zum Ausdruck kommt. Letztlich widerlegt die Höhe dieses von vornherein fixierten Anteils des Staates und des Hausbesitzes auch den Vorwurf gegenüber den Gewerkschaften, sie würden die „Lohn-Preis-Spirale“ permanent in Bewegung halten.

### 3.6 Arbeitszeit

Schon im Herbst 1970 ergab sich eine Herabsetzung der effektiven durchschnittlichen Arbeitszeiten in der Industrie, nachdem im Oktober 1969 mit 45,2 bezahlten Wochenarbeitsstunden für männliche, 41,3 für weibliche Beschäftigte, insgesamt mit 44,4 Stunden die im zurückliegenden Zyklus höchsten Stundenzahlen registriert wurden. Im Oktober 1970 fielen die bezahlten Wochenstunden auf 45 für männliche, 40,9 für weibliche Arbeitskräfte, insgesamt auf 44,1. Ein schneller Rückgang der effektiven Arbeitszeit trat dann bis April 1971 ein: männliche Beschäftigte arbeiteten nur noch 43,9, weibliche 40,3 Stunden pro Woche (bezahlte Wochenstunden insgesamt 43,1).

Trugen die ansteigenden bezahlten Wochenarbeitsstunden in der Industrie von 1967 bis 1969 wesentlich zum statistischen Reallohnzuwachs bei, so ihre Einschränkung zur Verkleinerung der Effektivverdienste seit dem 4. Vj. 1970, damit zur Senkung der Reallohne.

## Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten (bezahlte Wochenstunden) der Industriearbeiter

|               | männlich | weiblich | insg. |
|---------------|----------|----------|-------|
| 1967          | 43,0     | 39,8     | 42,3  |
| 1968          | 44,0     | 40,6     | 43,3  |
| 1969          | 44,8     | 41,0     | 44,0  |
| 1970          | 44,8     | 40,7     | 44,0  |
| 1969, Oktober | 45,2     | 41,3     | 44,4  |
| 1970, Oktober | 45,0     | 40,9     | 44,1  |
| 1971, April   | 43,9     | 40,3     | 43,1  |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 8/1971, S. 454, 475; 9/1971, S. 526)

### 3.7 Mütterarbeit

Da verheiratete Frauen die Mehrheit der weiblichen Bevölkerung der BRD ausmachen, ist es nicht verwunderlich, daß sie auch den Großteil lohn- und gehaltsabhängiger Frauen darstellen.

Besondere Probleme ergeben sich für berufstätige Frauen dann, wenn jüngere Kinder vorhanden sind und Einrichtungen zu ihrer Betreuung während der Arbeitszeit der Mutter fehlen.

Im April 1970 hatten von 9 Mio. berufstätiger Frauen 3 Mio. Kinder unter 18 Jahren. 2,7 Mio. dieser Frauen waren verheiratet, 0,3 Mill. ledig, geschieden oder verwitwet. (Wirtschaft und Statistik 7/1971, S. 416.)

Sind zwar die absolut meisten erwerbstätigen Frauen verheiratet, so sind aber gerade die unverheirateten Mütter in noch größerer Zahl auf den Verdienst angewiesen, wie die folgende Übersicht zeigt:

#### Prozentanteil der erwerbstätigen Frauen 1970

|                          | mit Kindern unter 18 Jahren | ohne Kinder |
|--------------------------|-----------------------------|-------------|
| Nicht verheiratet        | 63,7                        | 59,2        |
| davon arbeiteten:        |                             |             |
| 1—24 Wochenstunden       | 10,9                        | 4,1         |
| 25—39 Wochenstunden      | 13,4                        | 6,7         |
| 40 u. mehr Wochenstunden | 72,9                        | 87,5        |
| Verheiratet              | 35,2                        | 43,6        |
| davon arbeiteten:        |                             |             |
| 1—24 Wochstunden         | 30,2                        | 13,4        |
| 25—39 Wochenstunden      | 23,9                        | 16,1        |
| 40 u. mehr Wochenstunden | 43,1                        | 68,0        |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 7/1971, S. 417 f.)

Bei den ledigen, verwitweten oder geschiedenen Müttern ist der Prozentsatz Erwerbstätiger mit 63,7 Prozent höher als in irgend einer anderen Gruppe, während er bei den verheirateten nur 35,2 Prozent beträgt. Erstere gehen auch zu 72,9 Prozent einer Arbeit mit 40 und mehr Wochenstunden nach, letztere zu 43,1 Prozent.

Zwei Drittel der berufstätigen Frauen mit Kindern unter 18 Jahren sind ohnehin Abhängige, die ihre Arbeitszeit in keiner Weise entsprechend den Bedürfnissen eines Kindes variieren können:

#### Prozentanteil der erwerbstätigen Frauen

|                          | mit Kindern unter 18 Jahren | ohne Kinder |
|--------------------------|-----------------------------|-------------|
| Selbständige/Mithelfende | 33,0                        | 17,6        |
| Abhängige                | 67,0                        | 82,4        |

(Wirtschaft u. Statistik, 7/1971, S. 417)

Wesentlich für die Entwicklung der Kinder, insbesondere im Hinblick auf ihre Chancengleichheit in Schule und nachfolgender Ausbildung ist ihre Betreuung während der Arbeitszeit der Mutter. Hierzu wurde 1969 ermittelt:

## Betreuung von Kindern erwerbstätiger Mütter unter 15 Jahren in %

| durch           | Mutter               | Institution        | andere Personen             |
|-----------------|----------------------|--------------------|-----------------------------|
| Ganztags        | 15,5                 | 7,2                | 11,8                        |
| durch jeweils   | Mutter/ andere Pers. | Mutter Institution | andere Personen Institution |
| halbtags        | 7,1                  | 34,5               | 17,8                        |
| z. T. unbetreut | 6,1                  |                    |                             |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1971, S. 88)

Das bedeutet, 57,1 Prozent der Kinder werden ganz- oder halbtags durch die berufstätige Mutter, 36,8 Prozent durch andere Personen oder Institutionen, vor allem die Schule, betreut, 6,1 Prozent sind teilweise unbetreut. Wahrscheinlich dürfte der Anteil unbetreuter Kinder jedoch höher liegen, und zwar bei etwa 15 Prozent.

Wenn nur 48,3 Prozent der Kinder eine Mutter besitzen, die halbtags oder im Hause arbeitet, aber von 57,1 Prozent der Kinder die Mütter angeben, sie betreuten ganz- bzw. halbtags ihre Kinder, so gibt es außer den ausgewiesenen 6,1 Prozent offenbar weitere 8,8 Prozent unbetreuter Kinder. (Wirtschaft u. Statistik, 2/1971, S. 87 f.)

Das heißt aber, rund 600 000 Kinder werden in ihren Entwicklungsmöglichkeiten stark eingeschränkt, weil Institutionen, wie Kinderkrippen, -gärten, Horte, nicht ihre Betreuung an Stelle der berufstätigen Mütter übernehmen.

## 4 Einkommens- und Vermögensverteilung

### 4.1 Einkommensverteilung

Es ist der Arbeiterklasse im Verlauf der Aufschwung- und Boomphase 1968 bis 1971 nicht gelungen, ihren Anteil am Sozialprodukt zumindest auf die gleiche Höhe wie vor der Krise des Jahres 1967 zu bringen.

1966 erzielte sie eine Nettolohn- und -gehaltsquote von 40,6 Prozent (Nettolöhne und -gehälter im Verhältnis zum NSP zu Marktpreisen), 1970 sank diese auf 39 Prozent, um im 1. Hj. 1971 40 Prozent zu erreichen, wobei im 2. Hj. dieser Prozentsatz gemäß den niedrigeren Tarifabschlüssen wieder sinken dürfte.

|              | Nettosozialprodukt Marktpreisen in Mrd. DM | Nettolohn- und -gehaltssumme in Mrd. DM | % -Anteil der Nettolohn- und -gehaltssumme am Nettosozialprod. |
|--------------|--------------------------------------------|-----------------------------------------|----------------------------------------------------------------|
| 1966         | 440,0                                      | 178,5                                   | 40,6                                                           |
| 1969         | 539,6                                      | 206,6                                   | 38,3                                                           |
| 1970         | 608,0                                      | 237,1                                   | 39,0                                                           |
| 1970, 1. Hj. | 285,8                                      | 114,0                                   | 39,9                                                           |
| 1971, 1. Hj. | 317,5                                      | 126,9                                   | 40,0                                                           |

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 66; 9/1971, S. 534, 530)

Die fallende Tendenz der Nettolohn- und -gehaltsquote, bezogen auf das kaufbare Sozialprodukt, verdeutlicht die schwächer werdende Position der abhängig Beschäftigten im Verteilungskampf. Unternehmer und Staat bauen ihre Vorrangstellung weiterhin aus. Dies wirkt sich machtpolitisch für die Abhängigen bedenklich aus, da das staatsmonopolistische Kapitalgeflecht um so nachdrücklicher die Verteilungsbedingungen diktieren kann, wie es im November 1971 durch das vom Staat unterstützte Verhalten der Metallunternehmer im Tarifkonflikt mit der IG Metall bewiesen wurde.

Das Großkapital erhält praktisch doppelt Teile des volkswirtschaftlichen Ertrages. Vom BSP werden zunächst die Abschreibungen abgezogen, wichtigste Selbstfinanzierungsquelle der Investitionen. Die unternehmerische Selbstfinanzierungsrate (ohne Banken), zu über 70 Prozent aus Abschreibungen

gedeckt, umfaßte laut Bundesbankstatistik 1969 66 Prozent, 1970 63 Prozent und 1971 wird voraussichtlich ein Satz zwischen 60 und 65 Prozent kalkuliert worden sein.

Um den Anteil der Arbeiterklasse am Sozialprodukt auf 40 Prozent herunterzudrücken, wird der staatliche und unternehmerische Verbrauch (Investitionen) mit entsprechenden Größenordnungen in Ansatz gebracht, was allein in der Entscheidungsautonomie des privaten Kapitals und der Staatsbürokratie liegt.

Die staatsmonopolistische Einkommenspraxis veranschaulicht andeutungsweise folgende Aufstellung:

|              | Abschreibungen | Subventionen<br>(in Mrd. DM) | Überschußbildung<br>des Staates |
|--------------|----------------|------------------------------|---------------------------------|
| 1966         | 50,7           | 5,8                          | 5,9                             |
| 1967         | 53,8           | 5,6                          | 0,5                             |
| 1968         | 57,4           | 7,6                          | 2,7                             |
| 1969         | 63,8           | 7,8                          | 17,4                            |
| 1970         | 74,1           | 9,5                          | 17,3                            |
| 1970, 1. Hj. | 35,8           | 4,2                          | 2,9                             |
| 1971, 1. Hj. | 41,0           | 3,9                          | 5,1                             |

[Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 153, 580\*, 584\*; 2/1971, S. 82; 6/1971, S. 527, 536, 510\*; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1971, S. 62]

## 4.2 Vermögensverteilung

Die Einkommensverteilung bestimmt die Vermögensschichtung und damit die gesellschaftspolitische Machtkonzentration.

Da bislang von der Bundesregierung immer noch kein Vermögensstrukturbericht vorgelegt wurde, müssen weiterhin die Berechnungen auf der Grundlage des Krelle-Gulachtens herangezogen werden, die inzwischen bis 1966 fortgeschrieben worden sind. Danach hat die Vermögenszusammenballung in wenigen Händen von 1960 bis 1966 zugenommen: 1,7 Prozent der privaten Haushalte in der BRD verfügten 1960 über etwa 70 Prozent des Produktivvermögens, 1966 schon über 73,5 Prozent.

Mit nach wie vor bloß propagandistischen Mitteln versucht die Bundesregierung, eine reale Veränderung der Vermögensverteilung zugunsten der Masse der abhängig Beschäftigten zu verhindern. Im Mittelpunkt steht dabei der Plan einer Vermögensbildungsabgabe seitens der Unternehmer, die die Investitionssteuer ablösen soll, somit in die Eigentumssubstanz der privaten Unternehmerwirtschaft nicht eingreift.

Aus einem Fonds, dem durch diese Abgabe jährlich 4 Mrd. D-Mark zufließen würden, sollen bei einer Eigenbeteiligung der Abhängigen von 10 Prozent des Beteiligungswertes monatliche Zuwendungen von maximal 67 bis 203 DM je Begünstigten gezahlt werden. Ebenso wie beim 624-Mark-Gesetz kann angesichts dieser, noch unter dem Sozialhilfeszatz liegenden, Beträge von „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ nicht gesprochen werden.

Eine Vermögensumschichtung, die auf einer Vergesellschaftung des privatkapitalistischen Eigentums basiert, wird damit von der Bundesregierung abgewehrt. Außerdem sollen die Belastungen, die den Unternehmern aus dem 624-Mark-Gesetz entstehen, unter Umständen auf die Abgabe angerechnet werden dürfen.

## 4.3 Staatliche Umverteilung

Die überproportional steigende Lohnsteuer, die vorgesehene Erhöhung der Verbrauchsteuern und sozialen Abgaben müßten — nach den Grundsätzen eines funktionsgerechten Sozialstaates — der Masse der Lohn- und Gehaltsbezieher in Form von sozialen Leistungen zurückfließen, die den kulturellen und gesundheitlichen Lebensstandard durchgreifend verbessern.

Darüber hinaus hätte eine soziale Umverteilungspolitik des Staates dafür zu sorgen, daß durch scharfe Besteuerung der Monopolprofite allgemein die wirtschaftliche Sicherheit der Abhängigen gewährleistet wird.

Umverteilung hat dann einen sozialen Sinn, wenn die Abhängigkeit vom privaten Unternehmerkapital und den dadurch verursachten Konjunkturzyklen beendet wird.

Jedoch auch der zur Zeit zur Beratung anstehende Bundeshaushalt für 1972 läßt keinen reformpolitischen Ansatz in dieser Richtung erkennen. Die Umverteilung durch den Staat findet wieder einmal auf der ganzen Linie im Interesse des Monopolkapitals statt.

Nachdem schon im 1. Hj. 1971 der militärische Aufwand um ein Drittel gegenüber dem Vorjahreszeitraum hochgeschraubt wurde (insgesamt nahm der Staatsverbrauch um + 18 Prozent zu, der für zivile Zwecke stieg um 16 Prozent; Wirtschaft u. Statistik 9/1971, S. 531), wird er im kommenden Jahr noch kräftiger erhöht werden.

Nach dem Haushaltsansatz soll der Rüstungsetat um 11 Prozent von 21,8 auf 24,2 Mrd. DM wachsen, die Verteidigungslasten um 9,3 Prozent, die sogenannte zivile Verteidigung um 5,2 Prozent.

Von 11,8 auf 14,5 Mrd. DM wird der Verkehrsetat um 24,3 Prozent heraufgesetzt, wobei geprüft werden müßte, wie hoch die militärisch bedingte Verteuerung des Fernstraßenbaus im Rahmen dieser Steigerung ist.

Lediglich minimale Beträge werden für die Anhebung des Etats für Jugend, Familie, Gesundheit (+ 400 Mio. DM), für Städtebau- und Wohnungswesen (+ 700 Mio. DM), für Bildung und Wissenschaft (+ 1,2 Mrd. DM) sowie für Arbeit (+ 1,9 Mrd. DM) bereitgestellt. (BMWF-Dokumentation, 10. 9. 1971.)

Die Mehraufwendungen für diese Bereiche stehen in keinem Verhältnis zu den erforderlichen Reformmaßnahmen im Bildungs- und Gesundheitswesen, im öffentlichen Wohnungsbau, auf dem sozialen Sektor, wenn an die kommende Krise mit ihren Folgen für ältere Arbeiter und Angestellte, für kinderreiche Familien gedacht wird sowie an die Tatsache, daß die Sozialversicherungsrenten in bezug auf das Real-einkommen während der Arbeitsjahre mit durchschnittlich 41 Prozent viel zu niedrig sind, um einen relativ gleichbleibenden Lebensstandard aufrechtzuerhalten.

In Rechnung gestellt werden muß des weiteren die Inflation, so daß die schwachen nominalen Haushaltsansätze für angekündigte Reformvorhaben im Gegensatz zum Militärsektor real noch geringer zu veranschlagen sind.

## 5 Zusammenfassung

Die zusammenfassende Tabelle wiederholt Angaben, die bereits im vorangegangenen Text angeführt, kommentiert und belegt wurden. Sie enthält Zahlen, die für die Wirtschaftsentwicklung und die Lage der Arbeiterklasse in der BRD hervorstechend sind (jeweils nur die neuesten Werte). Es wird nicht die Originalquelle zitiert, sondern nur auf die Kennziffer des vorliegenden INFO verwiesen, dem die angeführten Angaben entnommen sind.

**Zusammenfassende Tabelle**

| Nr. | Sachgegenstand                                    | Zeitraum und Einheit          | Größe         | Vgl. Kennziffer |
|-----|---------------------------------------------------|-------------------------------|---------------|-----------------|
| 1   | Bruttoinlandsprodukt in                           |                               |               |                 |
|     | a) jeweiligen Preisen                             | 1. Hj. 1970/1. Hj. 1971       | % + 11,3      | 1.1             |
|     | b) Preisen von 1962                               | 1. Hj. 1970/1. Hj. 1971       | % + 3,9       | 1.1             |
| 2   | Industrieproduktion                               |                               |               |                 |
|     | a) Index (1962 = 100)                             | August 1971                   | 139,7         | 1.2             |
|     | b) gegenüber dem Vorjahr                          | August 1971                   | % — 1,7       | 1.2             |
| 3   | Industrieumsatz insgesamt                         | August 1970/August 1971       | % + 7,2       | 1.2             |
| 4   | Auslandsumsatz der Industrie                      | August 1970/August 1971       | % + 8,6       | 1.2             |
| 5   | Auftragseingang d. Industrie gegenüber dem        |                               |               |                 |
|     | a) Vorjahr                                        | September 1971                | % + 0,9       | 1.2             |
|     | b) Vormonat                                       | September 1971                | % + 15,2      | 1.2             |
| 6   | Exportüberschuß                                   |                               |               |                 |
|     | a) absolut                                        | Jan.—August 1971              | Mrd. DM 9,6   | 1.3             |
|     | b) gegenüber dem Vorjahr                          | Jan.—August 1971              | Mrd. DM + 0,4 | 1.3             |
| 7   | Bruttoanlageinvestitionen                         |                               |               |                 |
|     | der verarbeitenden Industrie (Schätzung)          | 1971/1972                     | % — 4,0       | 1.4             |
| 8   | Beschäftigte in der Industrie                     |                               |               |                 |
|     | a) absolut                                        | August 1971                   | Mio. 8,6      | 1.5             |
|     | b) gegenüber dem Vorjahr                          | August 1971                   | % — 1,2       | 1.5             |
| 9   | Arbeitslose                                       | Oktober 1971                  | Tsd. 170      | 1.5             |
| 10  | Industrieumsatz je Beschäftigten                  |                               |               |                 |
|     | a) absolut                                        | August 1971                   | DM 5000       | 1.6             |
|     | b) gegenüber dem Vorjahr                          | August 1971                   | % + 8,7       | 1.6             |
| 11  | Veränderung der Bruttoeinkommen                   |                               |               |                 |
|     | a) insgesamt                                      | 1. Hj. 1970/1. Hj. 1971       | % + 14,9      | 3.1             |
|     | b) je Beschäftigten                               | 1. Hj. 1970/1. Hj. 1971       | % + 13,4      | 3.1             |
| 12  | Differenz des Zuwachses von Effektiv- und         |                               |               |                 |
|     | Tariflöhnen, -gehältern (Lohn drift)              | 2. Vj. 1971                   | % — 2,9       | 3.1             |
| 13  | Lohnsteuer                                        | 1. Hj. 1970/1. Hj. 1971       | % + 44,5      | 3.2             |
| 14  | Veranlagte Einkommensteuer                        | 1. Hj. 1970/1. Hj. 1971       | % + 14,3      | 3.2             |
| 15  | Körperschaftsteuer                                | 1. Hj. 1970/1. Hj. 1971       | % — 29,8      | 3.2             |
| 16  | Nettolohn- und -gehaltssumme                      |                               |               |                 |
|     | a) insgesamt                                      | 1. Hj. 1970/1. Hj. 1971       | % + 11,3      | 3.3             |
|     | b) je Beschäftigten                               | 1. Hj. 1970/1. Hj. 1971       | % + 10,1      | 3.3             |
| 17  | Lebenshaltungskosten (alle Haushalte)             |                               |               |                 |
|     | a) Indexveränderung (1962 = 100)                  | September 1970/September 1971 |               |                 |
|     |                                                   |                               | in Pkt. + 7,3 | 3.4             |
|     | b) gegenüber dem Vorjahr                          | September 1971                | % + 5,9       | 3.4             |
| 18  | Kaufkraftsteigerung d. durchschnittl. Monats-     |                               |               |                 |
|     | nettolöhne u. -gehälter (Realeinkommens-          |                               |               |                 |
|     | steigerung) aufgrund des Lebenshaltungs-          |                               |               |                 |
|     | kostenindex                                       | 1969/1970                     | % + 8,0       | 3.5             |
| 19  | Durchschnittl. Wochenarbeitszeit in der Industrie | April 1971                    | Stunden 43,1  | 3.6             |
| 20  | Selbstfinanzierungsquote                          | 1970                          | % 63,0        | 4.1             |
| 21  | Abschreibungen insgesamt                          | 1. Hj. 1971                   | Mrd. DM 41,0  | 4.1             |

### Statistische Begriffe und Abkürzungen:

Index (z. B. Produktionsindex, Lebenshaltungsindex, Preisindex) = Meßziffer, die die relative Veränderung der Größe einer Erscheinung von einem Zeitraum (Basiszeitraum) zu einem anderen (Berichtszeitraum) ausdrückt. Beispiel: für den Produktionsindex wird als Basisjahr meist 1962 gesetzt. So ist dann der Produktionsumfang von 1962 = 100. In jedem folgenden Jahr wird der Produktionsumfang zu dem von 1962 in Beziehung gesetzt. So ergibt sich für 1968 = 131,2, für 1969 = 147,6. Die Produktion ist so 1968 gegenüber 1962 auf 131,2 % und 1969 gegenüber 1968 auf 147,6 % gestiegen. Gegenüber

1968 ist die Produktion 1969 um 16,4 Indexpunkte gestiegen. Das ist nicht gleichzusetzen mit der prozentualen Steigerung. Diese beträgt im vorliegenden Fall 12,5 %, da bei Prozentangaben die jeweilige Vergleichszahl, meist die vorherige (hier 1968) = 100 gesetzt wird. Tsd. = Tausend; v.H. = von Hundert (auch %); Hj. = Halbjahr; Vj. = Vierteljahr; mtl. = monatlich; D = Durchschnitt; BSP = Bruttosozialprodukt; NSP = Nettosozialprodukt.

Zeichen in Tabellen: steht anstatt einer Zahl „—“, bedeutet das: die Zahl ist gleich 0 oder fällt nicht ins Gewicht; steht anstatt einer Zahl „.“, bedeutet das: die entsprechende Zahl ist noch nicht ermittelt.